



**Militärpatrouille bei Tunceli**  
Unter permanenter Lebensgefahr

TÜRKEI

## Müder Mehmet

In 15 Jahren Krieg brachte Ankara eine ganze Kurden-Generation gegen sich auf. Jetzt hat das Parlament die Chance zum Einlenken.

**A**bends um halb acht gehen über Tunceli die Scheinwerfer an. Zuerst wird der Felsen im Norden der Stadt ins Flutlicht getaucht, dann folgen die beiden Berge im Osten. Kurz nach neun Uhr strahlt die ganze Stadt wie ein Christbaum.

Früher sind im Schutz der Dunkelheit kurdische Rebellen nach Tunceli eingeschickt, heute wären sie chancenlos: Die Armeeposten registrieren jeden Hasen, der sich in den Talkessel der Provinzhauptstadt in Türkisch-Kurdistan verirrt.

Tunceli ist die am schärfsten bewachte Stadt der Türkei. Nach offizieller Sprachregelung ist es „ein Konflikt von minderer Intensität“, der die massive Armeepräsenz in dieser idyllischen Gebirgsprovinz nötig macht. Tatsächlich geht von hier seit 15 Jahren der Pulsschlag einer Rebellion aus.

Unter Rekruten der türkischen Armee gilt ein Marschbefehl nach Tunceli als Himelfahrtskommando. Von allen Fronten des Kurdenkriegs sind die Täler des Munzur- und des Pülümür-Flusses die gefährlichsten. Schwer traumatisierte Tunceli-Veteranen berichten von brutalen PKK-Anschlägen und ebenso brutalen Gegenangriffen der türkischen Armee, von Massenerschießungen, Verstümmelungen toter Rebellen und der planmäßigen Zerstörung kurdischer Dörfer.

157 000 Einwohner zählte die Provinz vor Beginn des Kurdenaufstands Anfang der achtziger Jahre. Bei der Volkszählung 1997 waren es noch 86 000. Der Exodus der Zivilbevölkerung hält bis heute an.



In Tunceli seien „Dinge passiert, die nicht gewollt waren“, sagte Staatspräsident Süleyman Demirel vergangene Woche einer verblüfften Besuchergruppe aus der umkämpften Region. Nun gehe es darum, die Vertriebenen zurückkehren zu lassen.

In der Sache hat er damit bestätigt, was auch der Rebellenführer Abdullah Öcalan während seines Prozesses bis zur Erschöpfung wiederholte: Der türkische Staat habe in seinen Südostprovinzen jahrelang nur „Unerbittlichkeit und Härte“ gezeigt und die Glut der Rebellion damit immer aufs neue angefacht. Die Vision eines Kurdenstaats, gab Öcalan zu, sei zwar unrealistisch gewesen, aber: „Gebt den Kurden ihre Sprache und ihre Würde zurück, und ihr seid den Aufstand los.“

Jeder Geschäftsmann, jeder Handwerker, jeder Tagelöhner in Tunceli würde diese Aussage des zum Tode verurteilten PKK-Chefs unterschreiben. Jahrelang hatten Historiker und Menschenrechtler das gleiche gesagt. Jahrelang waren sie von Ankara dafür gerichtlich verfolgt worden. Nun sprach der leibhaftige Staatsfeind die magischen Worte – und auf einmal scheinen sich auch kompromißlose Nationalisten mit dem Offensichtlichen abzufinden. „Die Türkei“, schrieb wenige Tage vor Öcalans Verurteilung ein Kolumnist, „muß einsehen, daß die Kurden auf ihrem eigenen Boden leben.“



**Kurdenführer Öcalan**

Nach 15 Jahren Bürgerkrieg ist das Land dort angekommen, wo es Anfang der neunziger Jahre schon einmal stand: Die offizielle Anerkennung der „kurdischen Realität“ könnte unmittelbar bevorstehen. Auf diese Formel hatte sich die Regierung des einstigen Präsidenten Turgut Özal geeinigt. Özal, selbst kurdischer Abstammung, starb im April 1993. Vier Wochen später machte ein Anschlag auf 33 unbewaffnete Rekruten die Hoffnung auf eine politische Lösung zunichte.

Was Özal von seinen Vorgängern und Nachfolgern unterschied, war seine für einen türkischen Zivilpolitiker ungewöhnliche Selbständigkeit gegenüber der allmächtigen Armee. Ob die seit Ende Mai amtierende Regierung des Ministerpräsidenten Bülent Ecevit die gleiche Standfestigkeit aufbringen kann, ist allerdings fraglich. Zwar regiert der sozialdemokratische Patriot mit einer parlamentarischen Rekordmehrheit von 351 Stimmen. Doch kaum jemand traut der Koalition den Willen zu, das blutigste Kapitel der türkischen Geschichte politisch zu beenden.

Dabei bietet ausgerechnet das Todesurteil gegen Öcalan dafür eine Chance. Die Verfassung gewährt dem Parlament das letzte Wort über das Schicksal des PKK-Chefs; damit gibt sie den gewählten Volksvertretern die seltene Gelegenheit, die Initiative vom militärisch dominierten Nationalen Sicherheitsrat für die zivilen Instanzen zurückzugewinnen.

Die Armee würde eine politische Lösung des Kurdenkonflikts vermutlich sogar begrüßen. Anders als die gut bezahlten Polizeikräfte, die im türkischen Südosten Dienst tun, sind viele Rekruten den gefährlichen Einsatz im Kurdengebiet leid. Mehmetçik („der kleine Mehmet“), wie der einfache Soldat der türkischen Armee genannt wird, ist müde.

Noch düsterer sieht die Bilanz auf der Gegenseite aus. Der türkische Staat hat eine ganze Generation junger Kurden in die Entfremdung getrieben. Die meisten von ihnen fristen ein bitteres Dasein in den Slums der türkischen Metropolen. Wer das Stigma des Geburtsortes Tunceli in seinem Ausweis stehen hat, sieht zu, daß er noch weiter weg kommt.

„Ich habe fünf Kinder“, sagt der pensionierte Lkw-Fahrer Hikmet Ulusoy, „meine Tochter lebt in Istanbul, zwei Söhne sind in die Schweiz gezogen, die anderen beiden nach Deutschland. Sie sind nie wieder zurückgekommen.“

BERNHARD ZAND